Beschlüsse

zur Drucksachenummer

00134/2019

Zunehmende Gefährdung von Politiker*innen aller Ebenen und Akteuren der Zivilgesellschaft endlich ernst nehmen

Beschlüsse:

28.10.2019	Stadtvertretung
003/StV/2019	3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtvertretung

Bemerkungen:

1.

Es liegt folgender Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 25.10.2019 vor:

„Die Stadtvertretung verurteilt die zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die daraus resultierenden Folgen auf das Schärfste. Insbesondere Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Die aktuelle Situation erfordert ein klares Signal der Solidarität. Die Stadtvertretung fordert daher den Deutschen Bundestag auf, durch eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einen kleinen, aber konkreten Beitrag zum besseren Schutz politisch und zivilgesellschaftlich engagierter Personen zu leisten.

Aber auch Politiker sind hier in der Pflicht. Sie sollten sich ihrer exponierten Stellung als Volksvertreter immer bewusst sein sowie ihrer Vorbildwirkung auch in der Art der politischen Auseinandersetzung.

Die Teilnahme oder gar der Aufruf zu Aktionen, bei denen Andersdenkende mit Gewalt oder mit verbalen Mitteln, die die allgemeinen guten Sitten des menschlichen Miteinanders vermissen lassen, attackiert werden, sind eines Volksvertreters unwürdig.

In diesem Zusammenhang missbilligt die Stadtvertretung das Verhalten ihres Mitgliedes Jana Wolff auf der Vortragsveranstaltung der AfD zum Klimawandel am 17.10.2019 im Demmlersaal.“

2. Geschäftsordnungsantrag

Das Mitglied der Stadtvertretung, Dr. Dietrich Thierfelder, beantragt „Ende der Debatte“. Der Stadtpräsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

bei 18 Dafür-, 21 Gegenstimmen und zwei
1/3

Stimmenthaltungen abgelehnt

3.

Die Fraktion Die PARTEI.DIE LINKE beantragt gem. § 14 Abs. 6 der Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung.

4.

Der Stadtpräsident stellt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 25.10.2019 zur Abstimmung:

„Die Stadtvertretung verurteilt die zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die daraus resultierenden Folgen auf das Schärfste. Insbesondere Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Die aktuelle Situation erfordert ein klares Signal der Solidarität. Die Stadtvertretung fordert daher den Deutschen Bundestag auf, durch eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einen kleinen, aber konkreten Beitrag zum besseren Schutz politisch und zivilgesellschaftlich engagierter Personen zu leisten.

Aber auch Politiker sind hier in der Pflicht. Sie sollten sich ihrer exponierten Stellung als Volksvertreter immer bewusst sein sowie ihrer Vorbildwirkung auch in der Art der politischen Auseinandersetzung.

Die Teilnahme oder gar der Aufruf zu Aktionen, bei denen Andersdenkende mit Gewalt oder mit verbalen Mitteln, die die allgemeinen guten Sitten des menschlichen Miteinanders vermissen lassen, attackiert werden, sind eines Volksvertreters unwürdig.

In diesem Zusammenhang missbilligt die Stadtvertretung das Verhalten ihres Mitgliedes Jana Wolff auf der Vortragsveranstaltung der AfD zum Klimawandel am 17.10.2019 im Demmlersaal.“

Abstimmungsergebnis:

Bei acht Dafürstimmen, 35 Gegenstimmen in namentlicher Abstimmung (Siehe Anlage) abgelehnt

5.

Der Stadtpräsident stellt sodann den Antrag in der ursprünglichen Fassung zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung verurteilt die zunehmende Verrohung der Sitten in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die daraus resultierenden Folgen auf das Schärfste. Insbesondere Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Die aktuelle Situation erfordert ein klares Signal der Solidarität. Die Stadtvertretung fordert daher den Deutschen Bundestag auf, durch eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einen kleinen, aber konkreten Beitrag zum besseren Schutz politisch und zivilgesellschaftlich engagierter Personen zu leisten.

Abstimmungsergebnis:

bei 40 Dafürstimmen und drei Stimmenthaltungen in namentlicher Abstimmung (siehe Anlage) beschlossen